DeutscherAnwaltVerein

Stellungnahme

des Deutschen Anwaltvereins durch
die Ausschüsse Arbeitsrecht und Gender

zur Konsultation der EU-Kommission zu möglichen Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben für erwerbstätige Eltern und pflegende Angehörige

Stellungnahme Nr.: 14/2016 Berlin, im März 2016

Mitglieder des Ausschusses Arbeitsrecht

- Rechtsanwalt Prof. Dr. Stefan Lunk, Hamburg (Vorsitzender)
- Rechtsanwalt Prof. Dr. Jobst-Hubertus Bauer, Stuttgart
- Rechtsanwältin Dr. Susanne Clemenz, Gütersloh
- Rechtsanwalt Prof. Dr. Björn Gaul, Köln (Berichterstatter)
- Rechtsanwalt Roland Gross, Leipzig
- Rechtsanwalt Dr. Hans-Georg Meier, Berlin
- Rechtsanwältin Dr. Nathalie Oberthür, Köln
- Rechtsanwältin Dr. Barbara Reinhard, Frankfurt
- Rechtsanwältin Dr. Ulrike Schweibert, Düsseldorf
- Rechtsanwalt Dr. Uwe Silberberger, Düsseldorf
- Rechtsanwältin Regina Steiner, Frankfurt
- Rechtsanwalt Prof. Dr. Heinz Josef Willemsen, Düsseldorf

Zuständig in der DAV-Geschäftsführung

- Rechtsanwalt Max Gröning

Deutscher Anwaltverein
Littenstraße 11, 10179 Berlin
Tel.: +49 30 726152-0
Fax: +49 30 726152-190
E-Mail: dav@anwaltverein.de

Büro Brüssel
Rue Joseph II 40
1000 Brüssel, Belgien
Tel.: +32 2 28028-12
Fax: +32 2 28028-13
E-Mail: bruessel@eu.anwaltverein.de
Transparenz-Registernummer:
87980341522-66

www.anwaltverein.de

Mitglieder des Ausschusses Gender

- Rechtsanwältin Mechtild Düsing, Münster (Vorsitzende und Berichterstatterin)
- Rechtsanwältin Silvia C. Groppler, Berlin
- Rechtsanwalt Martin Schafhausen, Frankfurt
- Rechtsanwalt und Notar Herbert Peter Schons, Duisburg

Zuständig in der DAV-Geschäftsführung

- Rechtsanwältin Tanja Brexl

Verteiler

Verteiler Europa

- Europäische Kommission
  - Generaldirektion Justiz und Verbraucher
  - Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration
- Europäisches Parlament
- - Ausschuss Recht (JURI)
  - Ausschuss Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (EMPL)
  - Ausschuss Rechte der Frau und Gleichstellung der Geschlechter (FEMM)
  - Ausschuss Industrie, Forschung und Energie (ITRE)
  - Ausschuss Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO)
- Rat der Europäischen Union
- Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU
- Justizreferenten der Landesvertretungen
- Rat der Europäischen Anwaltschaften (CCBE)
- Vertreter der Freien Berufe in Brüssel
- Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) in Brüssel
- Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK) in Brüssel

Der Deutsche Anwaltverein (DAV) ist der freiwillige Zusammenschluss der deutschen Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte. Der DAV mit derzeit rund 66.000 Mitgliedern vertritt die Interessen der deutschen Anwaltschaft auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene.

Der Deutsche Anwaltverein (DAV) nimmt nachfolgend Stellung durch die Ausschüsse Arbeitsrecht und Gender zur Konsultation der EU-Kommission zu möglichen Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben für erwerbstätige Eltern und pflegende Angehörige.

Informationen zur Person

Wohnsitzland/ Sitz der Organisation

Deutschland

Antworten Sie im Namen einer Organisation?

□ Nein, ich antworte als Privatperson.
x Ja.

Um welche Art von Organisation handelt es sich?

x Nichtregierungsorganisation (NRO)

Unter welcher Nummer ist Ihre Organisation im Transparenzregister registriert?

87980341522-66

Beiträge zu dieser Umfrage werden auf der Website der Europäischen Kommission veröffentlicht (weitere Informationen finden Sie in der Datenschutzerklärung).
Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres Beitrags zu?

x Ja, mein Beitrag darf unter meinem Namen bzw. dem Namen der von mir vertretenen Einrichtung veröffentlicht werden.
□ Ja, mein Beitrag darf veröffentlicht werden, soll aber anonym bleiben (keine Angabe meines Namens bzw. des Namens der von mir vertretenen Einrichtung)
□ Nein, ich wünsche nicht, dass mein Beitrag veröffentlicht wird. (Ihr Beitrag wird nicht veröffentlicht, kann aber für statistische und Analysezwecke verwendet werden).

A. Allgemeine Bemerkungen

Das Hintergrunddokument geht auf verschiedene Schwierigkeiten bei der Vereinbarkeit von Familienleben und der Beteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt ein.

*Sind Sie mit der Darstellung dieser Schwierigkeiten einverstanden?

x Ja
□ Nein
□ Teilweise
□ Weiß nicht

Gibt es weitere Herausforderungen, die berücksichtigt werden sollten?

x Ja
□ Nein
□ Weiß nicht

Herausforderung Nr. 1:

2003/88/EG berücksichtigt zu wenig das Arbeitnehmerinteresse an eigenverantwortlichem Umgang mit flexiblen Arbeitsprozessen, Globalisierung, technischer Erreichbarkeit, Entgrenzung und Home-Office.

Herausforderung Nr. 2:

Förderung von Teilzeitbeschäftigung/Pflege- und Familienzeiten für Männer. Zunehmende Akzeptanz solcher Work-Life-Balance-Maßnahmen reduziert die daraus folgenden Nachteile für Frauen im Arbeitsleben.

B. Politikbereiche:

Das Hintergrunddokument skizziert eine Reihe wichtiger politscher Ansätze, die sich auf die Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben und die Beteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt auswirken. Die entsprechenden Politikbereiche sind:

*Kinderbetreuung
*Dienstleistungen der Langzeitpflege
*Familienbezogene Urlaubsregelungen für beide Geschlechter
*Flexible Arbeitszeitregelungen für beide Geschlechter
*Steuersysteme, die Berufstätigkeit für beide Partner lohnend machen

***Würden Sie zustimmen, dass die obige Aufstellung von Politikfeldern richtig und vollständig ist?**

□ Ja
□ Nein
x Teilweise
□ Weiß nicht

***Gibt es einen weiteren Politikbereich, der in der obigen Aufstellung fehlt?**

□ Ja
x Nein
□ Weiß nicht

Bitte angeben:

Abschaffung von Schutzvorschriften für Schwangere, die nicht neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen zum Schutz von Mutter und Embryo entsprechen, die Frauen aber am beruflichen Fortkommen hindern.

Es folgt eine Liste möglicher politischer Maßnahmen.
Was wären Ihrer Ansicht nach die wichtigsten Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben und der Erwerbsbeteiligung von Frauen in Ihrem Land?

Verbesserung der Möglichkeiten und/oder Anreize für Eltern und andere Personen mit betreuungsbedürftigen Angehörigen zur Übernahme von Betreuungsaufgaben und Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben (z.B. Urlaubs- und/oder flexible Arbeitszeitregelungen)

□ Höchste Priorität (max. 3)
x Mittlere Priorität
□ Niedrige Priorität
□ Unwichtig
□ Weiß nicht

Verbesserung der Möglichkeiten und/oder Anreize insbesondere für Männer zur Übernahme von Betreuungsaufgaben und Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben (z.B. Urlaubs- und/oder flexible Arbeitszeitregelungen)

x Höchste Priorität
□ Mittlere Priorität
□ Niedrige Priorität
□ Unwichtig
□ Weiß nicht

Stärkere Erleichterung der Rückkehr von Eltern an den Arbeitsplatz nach Inanspruchnahme von Mutterschafts- oder Elternurlaub (z.B. durch Anpassung der Arbeitsplätze, um das Stillen zu ermöglichen, Aufklärung über Beschäftigungsmöglichkeiten während des Urlaubs)

□ Höchste Priorität (max. 3)
x Mittlere Priorität
□ Niedrige Priorität
□ Unwichtig
□ Weiß nicht

Verbesserung der Verfügbarkeit von Kinderbetreuung (z.B. mehr Betreuungsplätze)

x Höchste Priorität
□ Mittlere Priorität
□ Niedrige Priorität
□ Unwichtig
□ Weiß nicht

Verbesserung der Erschwinglichkeit von Kinderbetreuung

□ Höchste Priorität (max. 3)
x Mittlere Priorität
□ Niedrige Priorität
□ Unwichtig
□ Weiß nicht

Verbesserung der Qualität von Kinderbetreuung

□ Höchste Priorität (max. 3)
x Mittlere Priorität
□ Niedrige Priorität
□ Unwichtig
□ Weiß nicht

Verbesserung der Verfügbarkeit professioneller Langzeitpflegedienste, auch zu Hause/ ortsnah

□ Höchste Priorität (max. 3)
□ Mittlere Priorität
x Niedrige Priorität
□ Unwichtig
□ Weiß nicht

Verbesserung der Erschwinglichkeit professioneller Langzeitpflegedienste

□ Höchste Priorität (max. 3)
x Mittlere Priorität
□ Niedrige Priorität
□ Unwichtig
□ Weiß nicht

Verbesserung der Qualität professioneller Langzeitpflegedienste

□ Höchste Priorität (max. 3)
□ Mittlere Priorität
x Niedrige Priorität
□ Unwichtig
□ Weiß nicht

Verbesserung der Verfügbarkeit behindertengerechter Heimpflege

□ Höchste Priorität (max. 3)
□ Mittlere Priorität
x Niedrige Priorität
□ Unwichtig
□ Weiß nicht

Verbesserung der Unterstützungsmaßnahmen für Menschen mit kranken/ behinderten/ gebrechlichen Angehörigen (z.B. finanzielle Unterstützung, Hilfsdienste)

□ Höchste Priorität (max. 3)
□ Mittlere Priorität
x Niedrige Priorität
□ Unwichtig
□ Weiß nicht

Beseitigung steuerlicher Fehlanreize, die Eltern bzw. Personen mit Betreuungsverpflichtungen mit Betreuungsverpflichtungen vom Wiedereintritt in den Arbeitsmarkt abhalten (z.B. negative steuerliche Anreize für den geringverdienenden Partner, Leistungsfallen)

□ Höchste Priorität (max. 3)
□ Mittlere Priorität
x Niedrige Priorität
□ Unwichtig
□ Weiß nicht

Sonstige politische Maßnahme(n)

Bitte angeben:
Keine Einfügung

C. Maßnahmen auf EU-Ebene

***Sind Ihrer Ansicht nach zur Förderung der Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben weitere Maßnahmen auf EU-Ebene erforderlich?**

x Ja
□ Nein
□ Weiß nicht

Muss Ihrer Ansicht nach zur Förderung der Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben der EU-Rechtsrahmen verbessert werden, beispielsweise in Bezug auf Mutterschafts-, Vaterschafts-, Eltern- und Pflegeurlaub oder flexible Arbeitszeitregelungen?

x Ja
□ Nein
□ Weiß nicht

Bitte erläutern Sie, welche Art von Verbesserungen des bestehenden EU-Rechtsrahmens in Betracht kommen könnten.

Richtlinie 2003/88/EG: Stärkere Flexibilisierung der Arbeitszeit und mehr Eigenverantwortlichkeit durch Änderung des persönlichen Geltungsbereichs und Opt-Out-Regelung jedenfalls bei Home-Office. Richtlinie 2010/18/EU: Prüfung, ob die Elternzeit zwischen Mann und Frau geteilt werden muss, um die volle Elternzeit zu erhalten.

***Bedarf es Ihrer Ansicht nach weiterer politischer Orientierungshilfe auf EU-Ebene zur Förderung der Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben?**

□ Ja
x Nein
□ Weiß nicht

Bedarf es Ihrer Ansicht nach einer verstärkten Überwachung auf EU-Ebene zur Förderung der Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben?

□ Ja
x Nein
□ Weiß nicht

Könnte die EU Ihrer Ansicht nach den Austausch bewährter Verfahren auf diesem Gebiet zwischen den EU-Ländern und Interessenträgern besser unterstützen?

x Ja
□ Nein
□ Weiß nicht

Könnte die EU die Entwicklung sinnvoller Benchmarks im Bereich der Strategien zur Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben fördern, etwa im Rahmen des Europäischen Semesters?

Ein Benchmark kann definiert werden als „ein Vergleiche oder Bewertungen ermöglichender Standard oder Bezugspunkt“ (Pearsall, 1999: 125).

x Ja
□ Nein
□ Weiß nicht

Bitte geben Sie an, auf welche Politikbereiche diese Benchmarks sich erstrecken könnten (Mehrfachnennungen möglich)

x Kinderbetreuung
□ Dienstleistungen der Langzeitpflege
□ Familienbezogene Urlaubsregelungen für beide Geschlechter
x Flexible Arbeitszeitregelungen für beide Geschlechter
x Steuerungssysteme, die Berufstätigkeit für beide Partner lohnend machen
□ Sonstige
□ Weiß nicht

Bitte angeben:
Keine Einfügung.

Derzeit unterstützt die EU die Mitgliedsstaaten bei der Umsetzung von Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben durch ihre Fonds, insbesondere den Europäischen Sozialfonds und den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung.

Finden Sie, dass die bestehenden Fonds und die Regeln für ihren Einsatz die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben wirksam fördern?

□ Ja
□ Nein
x Weiß nicht

Bitte erläutern:
Keine Einfügung.

Könnte die EU den nationalen/regionalen/lokalen Behörden klarere Orientierungshilfen zur Nutzung der bestehenden EU-Fonds für die finanzielle Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben geben?

□ Ja
□ Nein
x Weiß nicht

Bedarf es Ihrer Ansicht nach einer weiteren Sensibilisierung für Fragen der Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben?

x Ja
□ Nein
□ Weiß nicht

Wer sollte zu den wichtigsten Zielgruppen für etwaige Sensibilisierungsmaßnahmen gehören? Bitte wählen Sie drei aus der folgenden Liste:

□ Nationale Behörden
x Lokale oder regionale Behörden
□ NRO

x Arbeitgeber
x Beschäftigte
□ Allgemeine Öffentlichkeit
□ Sonstige
□ Weiß nicht

Bitte angeben:
Keine Einfügung.

Wie wirksam wären Ihrer Ansicht nach die nachfolgend genannten möglichen Maßnahmen auf EU-Ebene zur Förderung der Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben?

*1. Bessere Rechtsvorschriften auf EU-Ebene

x Sehr wirksam
□ Wirksam
□ Nicht sehr wirksam
□ Völlig unwirksam
□ Weiß nicht

*2. Verstärkte politische Orientierungshilfe auf EU-Ebene

□ Sehr wirksam
□ Wirksam
x Nicht sehr wirksam
□ Völlig unwirksam
□ Weiß nicht

*3. Verstärkte Überwachung der Vereinbarkeit von Familie und Berug auf EU-Ebene und Veröffentlichung der Ergebnisse

□ Sehr wirksam
x Wirksam

□ Nicht sehr wirksam
□ Völlig unwirksam
□ Weiß nicht

*4. Intensiverer Austausch bewährter Verfahren zwischen Mitgliedsstaaten und Interessensträgern

□ Sehr wirksam
x Wirksam
□ Nicht sehr wirksam
□ Völlig unwirksam
□ Weiß nicht

*5. Benchmarks auf EU-Ebene

□ Sehr wirksam
x Wirksam
□ Nicht sehr wirksam
□ Völlig unwirksam
□ Weiß nicht

*6. Verstärkte finanzielle Unterstützung auf EU-Ebene

□ Sehr wirksam
□ Wirksam
x Nicht sehr wirksam
□ Völlig unwirksam
□ Weiß nicht

*7. Klare Orientierungshilfen für nationale/ regionale/ lokale Behörden in Bezug auf Nutzungsmöglichkeiten bestehender EU-Fonds

□ Sehr wirksam
□ Wirksam

x Nicht sehr wirksam
□ Völlig unwirksam
□ Weiß nicht

*8. Weitere Sensibilisierungsmaßnahmen

□ Sehr wirksam
□ Wirksam
x Nicht sehr wirksam
□ Völlig unwirksam
□ Weiß nicht

*9. Sonstige Maßnahmen

Bitte angeben:
Stärkere Eigenverantwortlichkeit bei Arbeitszeitflexibilisierung. Prüfung einer Pflicht zur hälftigen Inanspruchnahme der Elternzeit für bessere Verteilung und schnellere Rückkehr zum Arbeitsplatz.

Glauben Sie, dass die Wirksamkeit der obigen Einzelmaßnahmen durch deren Kombination gesteigert werden könnte?

x Ja
□ Nein
□ Weiß nicht

Geben Sie bitte anhand der nachstehenden Tabelle an, welche Maßnahmen kombiniert werden könnten.
(Beispiel: Wenn Sie meinen, dass Maßnahme 6 mit Maßnahme 3 und 5 kombiniert werden könnte, geben Sie neben Maßnahme 6 „3, %“ ein.)

	Nummer(n) der mit dieser Maßnahme kombinierbaren Maßnahme(n) (max. 6)
1. Bessere Rechtsvorschriften auf EU-Ebene	
2. Verstärkte politische Orientierungshilfe auf EU-Ebene	
3. Verstärkte Überwachung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf auf EU-Ebene	4, 5
4. Intensiverer Austausch bewährter Verfahren zwischen Mitgliedstaaten und Interessenträgern	3, 5
5. Benchmarks auf EU-Ebene	4, 3
Verstärkte finanzielle Unterstützung auf EU-Ebene	
Klarere Orientierungshilfen für nationale/ regionale/lokale Behörden in Bezug auf Nutzungsmöglichkeiten bestehender EU-Fonds	
Maßnahmen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit	
Sonstige Maßnahmen (falls oben angegeben)	

Wenn Sie weitere Anmerkungen und/oder Vorschläge haben, können Sie diese im unten stehenden Textfeld eingeben:

Keine Einfügung.